

# Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Montagssitzung der Kommission wurde zunächst über die Verrechnung des Sanitätspersonals debattiert, wobei Genosse Kosske den erheblichen Mangel an Ärzten beim Heer beanstandete und den militärischen Geist der Sanitätsbeamten kritisierte. Die weitere Debatte drehte sich dann um die wissenschaftliche Befähigung der Militärärzte, die Zulassung von jüdischen Ärzten zum Militärdienst, die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Heere usw. Die Volksparteiler forderten in einer Resolution, daß den Sanitäts-offizieren ein Teil ihrer Studienzzeit auf die pensionsfähige Dienstzeit angerechnet wird. Die Resolution wurde angenommen.

Von den geforderten 13 Regimentskommandanten für Bezirkskommandos wurden 10 gefordert. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Dienstprämien derart, daß nach 9 Jahren 1000 Mark und nach 12 Jahren 1500 Mark gewährt werden sollen. Die Forderung wurde vom Kriegsminister und Parteiführern bekämpft und schließlich zurückgezogen. Nach einer weiteren Zentrumsresolution sollen Familien, von denen drei und mehr Söhne der Dienstpflicht genügt haben, für weitere Soldaten vom Reiche eine Aufwandsentschädigung von 240 Mark jährlich erhalten. Das Schagart hatte keine Bedenken gegen die Forderung, es mühe aber zum Ausdruck gebracht werden, ob auch an Familien, deren Söhne Offiziere werden, die Entschädigung gezahlt werden soll. — Der Kriegsminister wünschte, daß diese Bestimmung in einen anderen als den Militärdienst aufgenommen wird, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland für den Militärdienst, der eine Pflicht ist, eine Bezahlung gibt. — Genosse Kosske erklärte sich für die Gewährung einer Entschädigung, aber es sei dabei zu beachten, daß es sich hier um eine Gelegenheitsgesellschafthandlung handelt. Die ganze Frage bedürfe einer gründlichen Behandlung. Es sei doch nicht angeht, für Offiziere oder für die Söhne von reichen Leuten eine solche Entschädigung zu zahlen, sondern doch nur, wenn die Familie in wirtschaftliche Bedrängnis gerät durch die Dienstpflicht der Söhne. — Genosse Stücken hob eine Reihe weiterer Bedenken hervor, ebenso auch bürgerliche Redner. — Der inzwischen abgeordnete Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen, die deshalb dagegen stimmten, weil die Fassung des Antrages völlig ungenügend ist.

Die Nationalliberalen forderten, daß während ihrer Dienstzeit vorstehende Soldaten auf Wunsch ihrer Angehörigen kostenlos in die Heimat beurlaubt werden sollen, ebenso sollten Angehörige bei Erkrankungen von Soldaten kostenlos Fahrt zum Besuch erhalten. — Der Kriegsminister ist mit der Forderung einverstanden, doch müsse erst der Bundesrat Stellung nehmen. Ob auch vorstehenden Angehörigen diese Vergünstigungen gewährt werden sollen, sei doch fraglich. — Der Schagart stimmte im Prinzip dem Gedanken zu. — Genosse Kosske bezeichnete diese Anträge als eine unangenehm leichtfertige Gesellschafthandlung. Dem Zentrum und den Nationalliberalen schlage ich das Beweisen wegen der großen Belastung, die sie durch die Militärvorlage dem Volke auferlegen, und es solle nun durch solche Mittelchen nach außen ein guter Eindruck erweckt werden. Man könne gegen den Antrag deshalb schwer stimmen, weil sonst die verlogene nationalliberale und Zentrumspropaganda eine gewisse Menge Intelligenzen würde. — Die Abgg. Schiffer und Erzberger protestierten gegen die Kritik Kosskes, worauf die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Das Zentrum forderte die Einstellung von 1,8 Millionen in den Etat, um den Soldaten jährlich einmal freie Hin- und Rückfahrt für einen Urlaub zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung der einmaligen Ausgaben ein. Es fand hierbei auf eine sozialdemokratische Anfrage hin eine Aussprache über die Dislokation der neuen Truppenteile statt, wobei der Kriegsminister erklärte, es werde in erster Linie nach militärischen Gesichtspunkten verfahren. Allerdings versuche die Verwaltung auch, dabei so billig wie möglich wegzukommen. Wo aber Städte sich dabei ein Juwel leisten wollen, das mit ihren Finanzen nicht im Einklang stehe, wolle die Verwaltung ab.

In Zulagen für die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen fordert die Regierung 870 000 Mark. Genosse Schypflin wandte sich lebhaft dagegen. Wenn die Regierung die Zulage damit begründe, daß es immer noch nicht gelungen sei, einen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Unteroffizieren zu schaffen, so sei daran die irdische und brutale Politik, die vom Reiche in den Reichslanden getrieben worden ist, hauptsächlich Schuld. Wie so oft, sollen auch hier die Steuerzahler für die Sünden der Regierung büßen. In den Reichslanden ist alles getan worden, um bei der Bevölkerung eine lebhafteste Antipathie, auch gegen das Militär, zu wecken. Die Sozialdemokraten lehnen die Forderung ab. Die Tatsache, daß die Reichsländer in der Hauptsache fern von der Heimat in den preussischen Regimentsdiensten dienen müssen, ist ein weiterer Grund zur berechtigten Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen, dessen Bevölkerung, wie die in Süddeutschland überhaupt, allerdings weniger Neigung zum Unteroffiziersberuf habe, als das in den preussischen Disprovinzen der Fall ist. — Der Kriegsminister bat dringend, die Forderung zu bewilligen. Mit der Politik habe die Zulage gar nichts zu tun. Die Unteroffiziere seien in den Reichslanden sehr isoliert und leiden unter den teuren Verhältnissen. Die Unteroffiziere gehen und blei-

himmlischen Reichs ein. Wiederholt wurden wir zum Gebete in diese Krypta geführt, bei deren Betreten mich stets ein heiliger Schauer überliefe.

In der Schule lernte ich singen: Saint Nicolas patron de Pecolier, ferner: Fuchs, du hast die Gans gestohlen, und was man sonst noch kleinen Kindern beibringt. Die Arbeit lernte ich frühzeitig kennen. Neben den häuslichen Arbeiten, die man uns auftrug, neben Gartenarbeiten, zu denen man uns benutzte, lernte ich — Strumpfbänder und Hosensträger stricken und „Finken“ ausnähen. Finken sind leichte Hausschuhe, die entweder mit Lederbesatz und Sohlen als Winterschuhe oder mit leichten Sohlen als Hausschuhe getragen werden. Im Elsaß und der Pfalz werden sie auch vielfach zu Einlagen in die Holschuhe verwendet. Diese Finken mußten wir auf der inneren Seite mit Wolle ausnähen. Es wird dazu ein langes rundes Stäbchen benutzt; der Wollfaden, der in einer starken Nadel steckt, wird um dies herumgezogen und Faden neben Faden, Reihe neben Reihe, gelegt. Die hierdurch gebildeten Hohlräume werden, wenn der ganze Schuh ausgenäht ist, aufgeschnitten. Die Geschäfte ist, wie ersichtlich, sehr einfach und bedarf bloß einiger Aufmerksamkeit, damit der Faden auf der äußeren Seite nicht zutage tritt. War die Fiesierung beisammen, so mußte sie nach Barr, von wo der Auftrag herkam, geschafft werden. Die Schuhe waren in Rückenlöcher gepackt, dann hakte man die Körbe den Größten und Stärksten unter uns auf den Buckel. Auf dem Heimweg wurde eine neue Ladung Finken und Wolle mitgenommen.

So gingen ein paar Jahre meiner Kindheit dahin, und schließlich war die Zeit gekommen, wo ich Andlau verlassen sollte, um in die Hauptanstalt St. Charles in Schiltigheim, von der Andlau nur eine Filialanstalt zur Unterbringung jüngerer Kinder war, überführt zu werden. An einem trübigen Herbsttag wurde ich mit noch zwei Buben dahin verbracht. Und damit nahm gleichzeitig das trübste Kapitel meines jungen Lebens seinen Anfang.

(Fortsetzung folgt.)

ben sehr ungern in den Reichslanden, die Zulage soll die Dienstfreudigkeit heben. — Nach weiterer, sehr lebhafter Diskussion werden die Zulagen gegen die konservativen und liberalen Stimmen abgelehnt.

In weiteren Beratungen wurden die einmaligen Ausgaben in zum Teil vertraulichen Verhandlungen erledigt. Damit ist auch die erste Lesung der Militärvorlage erledigt.

## Wie und wann sollen die Militär- und Deckungsvorlagen verabschiedet werden?

Zu einer sehr lebhaften einständigen Geschäftsordnungsdebatte führte am Schluß der Montagssitzung der Budgetkommission die Frage, wie nun geschäftlich verfahren werden soll. Der Vorsitzende wollte am Dienstag die Petitionen und die zweite Lesung der Militärvorlage auf die Tagesordnung setzen. — Abg. Speck forderte, daß vor der zweiten Lesung der Militärvorlage die erste Lesung des Wehrbeitrages, eventuell der gesamten Deckungsvorlage, erfolgen müsse, denn ohne Deckung werde er nicht für die Militärvorlage stimmen. — Für die Konservativen sprach sich Abg. Graf Westarp in gleichem Sinne aus. — Der Kriegsminister wünschte, daß spätestens bis Ende Juni die Militärvorlage erledigt wird. — Abg. Wasser mann wollte unter allen Umständen erst die Wehrvorlage erledigt sehen, ganz gleich, wie die Deckungsfrage sich dann gestaltet. — Unsere Genossen forderten, daß man vor Entscheidung dieser Frage erst den Fraktionen Gelegenheit geben müsse sich schlichtig zu machen. So lange soll die Entscheidung vertagt werden. — Die Abgg. Erzberger und Erzberger bestanden darauf, daß ohne Deckung die Militärvorlage nicht zu verabschieden ist. Es sei ganz auffallend, daß die Liberalen ohne jede Deckungsgarantie die Militärvorlage bewilligen wollen. Man könne ja gar nicht wissen, welche parlamentarischen Kombinationen in der Deckungsvorlage zustandekommen. — Dem sozialdemokratischen Antrage, erst die Fraktionen sprechen zu lassen, stimmten sowohl die Konservativen wie auch das Zentrum zu. — Abg. Wasser mann glaubte, es sei besser, wenn in einem Zuge Militär- und Deckungsvorlage erledigt werden, als wenn etwa der Reichstag wegen der Deckungsvorlage den Sommer über vertagt wird und dann erst im Herbst wieder die Beratungen aufnimmt. Seine Freunde würden als beste Lösung die betrachten, die eine Reichsbeitragssteuer bringen würde. — Der Kriegsminister wünschte, daß ihm neben den 25 Millionen, die ihm sofort für Bauten zur Verfügung gestellt werden, noch eine Summe zur Materialbeschaffung bewilligt wird. — Abg. Graf Westarp erklärte namens der Konservativen, daß ihnen an einer Verschiebung der Deckungsvorlage bis zum Herbst nichts liegt. Ohne dem Reichstage einen Vorschlag zu bieten, wie die Deckung sich gestalten soll, könne man ihn die Verabschiedung der Militärvorlage gar nicht zumuten, weil sie doch zum Teil in den Etat hineingearbeitet werden muß. Vorläufig von den übrigen Steuern, könne auch der Wehrbeitrag nicht verabschiedet werden. Auch politische Gründe sprechen dagegen, die Vorlagen getrennt voneinander zu verabschieden.

Nach langer Debatte einigte man sich dahin, am Dienstag nur die Petitionen zu verhandeln, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Frage der geschäftlichen Weiterbehandlung der Vorlagen sich beraten zu können.

## 45. Verbandstag sächsischer Konsumvereine.

Zweiter Verhandlungstag.

— Chemnitz, 20. Mai.

Der Verbandstag nahm den Bericht des Vorsitzenden Barthel über das verfloßene Verbandsjahr entgegen. Darauf berichteten die Sekretäre Strich und Venter und der Revisor Gottschalk über die stattgefundenen Revisionen und Sekretariatsarbeiten. Eine lebhafteste Aussprache knüpfte sich hieran; in der Hauptsache wurde scharf kritisiert, daß im Westlande und in Erzgebirge die Beschäftigungsbestrebungen so wenig Gegenstände gefunden haben; in diesen Landesteilen aber sei die Zusammenfassung der übermäßig vielen Vereine gerade am nötigsten. Im Interesse der Genossenschaftler liege es, große und leistungsfähige Vereine zu schaffen.

Herr Dr. Mayer, der Rechtsbeirat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, sprach dann über die Begründung, Übertragung, Belastung und Aushebung von Rechten an Grundstücken. Er machte die Versammelten mit den einschlägigen rechtlichen Verhältnissen bekannt. Einem aus der Mitte der Versammlung geäußerten Wunsche entsprechend, wird der Verbandsvorstand das Referat des Dr. Mayer den Delegierten gedruckt im Jahrbuch zustellen.

Geschäftsführer Hausbold-Chemnitz sprach dann über Änderung des Verbandsstatuts. Er verwies auf die den Delegierten behändigte Druckvorlage und besprach hauptsächlich die beachtlichsten Änderungen. Hervorgehoben ist, daß die Zahl der Genossenschaften, die dem Verbands beitreten können, von 200 auf 300 erhöht worden ist, und daß in Zukunft nur noch Konsumgenossenschaften aufgenommen werden sollen. Im übrigen sollen die Änderungen dem Statut eine klare Präzision geben, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder soll erhöht und die Organe des Verbandes festgelegt, das Ganze ausgebaut werden. Eine Diskussion wurde nicht beabsichtigt und die vorgeschlagenen Änderungen en bloc einstimmig beschlossen. Desgleichen fand die Dienstausweisung für die Sekretäre einstimmig und die Staffel für Erhebung der Verbandsbeiträge gegen 12 Stimmen Annahme. Der Vorlegung der Verbandsabrechnung und dem Bericht des Aufsichtsrats über die stattgefundenen Revisionen derselben folgte die einstimmige Klärung der Rechnungsabrechnung. Der Vorschlag und die Festlegung der Verbandsbeiträge für das Jahr 1918 wurden genehmigt. Lebhaft wurde auch bei der Wahl des Verbandsvorsitzenden; vorgeschlagen wurde außer dem bisherigen, Barthel-Dresden, Fröhlich-Dresden; gewählt wurde Barthel. Es folgten die Wahlen zweier Beisitzer. Gemählt wurden Lotze-Pulsnitz und Bode-Dresden-Weißchen. Dann wurden 5 Aufsichtsratsmitglieder und 4 Generalsekretärsmitglieder gewählt.

Zur Befriedigung des Genossenschaftstages in Dresden wurde beschlossen, 25 Vereine auszuwählen. Es wurden gezogen die Vereine Meisa, Reichenbach, Ritschau, Deberan, Döllitz, Schönhaide, Plauen i. V., Volkshaus-Chemnitz, Bartha, Crimmitschau, Reichenbrand, Borna b. Leipzig, Sohland, Königswalde, Köhlerbroda, Raschau, Großenhain, Thum, Pleißa, Grotzsch, Thalheim, Obergans, Chemnitz-Gablenz. Als Ersatzvereine wurden bestimmt: Callenberg, Waldenburg, Stollberg und Ehrenfriedersdorf. Der nächstjährige Verbandstag findet in Zwitzau statt. Damit war die Tagesordnung erledigt und mit Dankworten schloß der Vorsitzende den Verbandstag.

## 11. Bundesstag der Arbeiterturner.

k. Mannheim, 20. Mai.

Der erste Bundesturntag des Arbeiterturnerbundes wurde gestern nachmittags in den Kaiserhöfen vom Bundesvorsitzenden Harnisch-Weipzig eröffnet. Der Bundesstag ist von 124 Delegierten, 28 Kreisvertretern und Turnwarten besetzt. Außerdem sind zahlreiche Vertreter besuchender Organisationen als Gäste anwesend. Es sind folgende Organisationen vertreten: der österreichische Turnerbund, der schweizerische Turnerbund, die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, die Zentralstelle der Arbeiterjugend, der Arbeiter-Radfahrerbund, der Arbeiter-Schwimmerbund und der Arbeiter-Ruderverband. Die vorgesehene Tagesordnung wurde bestätigt.

Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. Die Delegierten zogen in geschloßtem Zuge nach dem städtischen Rosengarten, wo unter Beteiligung tausender Turngenossen und Genossinnen zu Ehren der Delegierten und zum zwanzigjährigen Jubiläum des

Turnerbundes ein Festbankett stattfand. Hier wurden zahlreiche Begrüßungreden gehalten, in denen der Freude Ausdruck gegeben wurde, daß der Bund trotz aller Anfeindungen in den zwanzig Jahren prächtige Fortschritte erzielte. Die zwanzig Jahre Bestehen des Bundes — sagte der Bundesvorsitzende — seien Jahre steten Kampfes gewesen. Gegenwärtig würde der Bund bekämpft wie noch nie. Die Gäste brachten die herzlichsten Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen.

Zu Beginn des heutigen zweiten Verhandlungstages gab Bundesvorsitzender Harnisch den Geschäftsbericht. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem die Presse bereits einen Auszug brachte, und gab hierzu einige Ergänzungen. In der Berichtszeit hatte der Bund eine Zunahme von 416 Vereinen mit 29 801 Mitgliedern zu verzeichnen. Er zählte am Schluß 1912 122 888 Vereinsangehörige über 14 Jahre. Harnisch besprach die Gründung der Zentralstelle für Sport und Körperpflege. Die Zentralkommission setzt sich aus je einem Vertreter der Arbeiterportvereine zusammen. Der Arbeiter-Turnerbund ist auch im Arbeitsausschuß vertreten. Die Hauptaufgabe der Kommission solle sein, agitatorisch zu wirken. Nebener ist der Ansicht, daß die kleineren Vereine sich zu größeren zusammenschließen sollten. Die Schwimmer und Ruderer könnten sich sehr gut dem Turnerbund anschließen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Harnisch, die Tätigkeit des Vorstandes sei eine sehr reichhaltige gewesen. Der Vorstand habe getan, was in seinen Kräften stand.

Den Kassenbericht erstattete Schubert-Weipzig. Das Vermögen des Bundes hat sich im letzten Jahre um 20 000 Mk. vermehrt. Das Gesamtvermögen (inklusive Bundesgeschäft und außerordentliche Unterstützungskasse) betrug am Jahresschluß 1912 201 201 Mk.

In der Diskussion wurden zunächst Anträge begründet. Der 18. Kreis wünscht, daß der Vorstand der Agitation erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Der Kampf gegen Jungdeutschland müßte energischer geführt werden. Die übrigen Anträge beziehen sich auf Verwaltungsangelegenheiten. Unter anderem wird die Herausgabe eines einheitlichen Mitgliederbuches sowie einheitlicher Quittungskarten verlangt. — Kritisiert wurde die Tätigkeit der Zentralstelle für Sport und Körperpflege. Die Kommission lasse zu wenig von sich hören. Verlangt wurde von einem Redner, daß man gegen die Fußballclubs mehr vorgeht. Die Kreisorganisation sollte anders ausgestaltet, Beamte angestellt werden, die Agitation zu betreiben hätten.

Nach Schließung der Debatte wurden Anträge angenommen, die wünschen, daß der Vorstand der Agitation erhöhte Aufmerksamkeit schenkt und bei dringenden Fällen Referenten kostenlos zu Agitationsveranstaltungen den Kreisen stellt. Die An- und Abmeldung der Unfälle hat sowohl an den Bezirk wie an den Bund zu erfolgen. Für die Bundesmitgliedkarte ist vom Bund ein Mitgliederbuch mit Beitragsrubriken und Bundesstatut herauszugeben. Es muß bis zum 1. Januar 1918 eingeführt werden.

Den Bericht der Redaktion erstattete hierauf Wildung-Weipzig. Das Pressewesen des Bundes hat durch die Beschlüsse des letzten Bundeskongresses eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die Moderne Körperkultur wurde neu geschaffen und liegt in zwei Jahrgängen vor. Sie hat eine gute Aufnahme gefunden. Die Auflage der Arbeiter-Turn-Zeitung beträgt rund 120 000 Exemplare, der Freien Turnerin 16 000 und der Modernen Körperkultur 17 000. Vom 1. Juli ab soll — so beantragt der Vorstand — eine weitere Zeitung, Jugend und Sport, mit vierzehntägigem Erscheinen herausgegeben werden. — Eine Veränderung in der Tendenz der Arbeiter-Turn-Zeitung sei nicht eingetreten.

In der Diskussion über diesen Bericht wurden Anträge begründet, die den Vorstand beauftragen haben wollen, die Turnereinnahmewegung in den Tageszeitungen, in der Gleichheit und in den Blättern derjenigen Gewerkschaften zu propagieren, die Frauen zu ihren Mitgliedern zählen. Die Arbeiter-Turn-Zeitung soll vierzehntägig, die Freie Turnerin und Moderne Körperkultur vierzehntägig erscheinen. — Diese Anträge fanden Annahme. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

## Gewerkschaftsbewegung.

Wiel Rauch und wenig Feuer.

In der Pfingstwoche hielt in Berlin der Gesamtverband Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften seinen 18. Verbandstag ab, der unter anderem dadurch die Deffektivität etwas interessierte, daß ihn zwei Regierungsvertreter wegen einer angeblich „über das Maß einer sachlichen Kritik“ hinausgehenden Rede demonstrativ verließen. Die Presse behandelte diesen Fall je nach ihrer Stellung zu den Gewerkschaften. Wir wiesen dabei auf die innere Unmöglichkeit der Gewerkschaften hin, die sich zwischen den Unmöglichkeit der Klassengegensätze hindurchzuzwängen bemühen und doch schließlich von ihnen nur zerrieben werden. Jetzt kommt nun der Gewerkschaften, das Zentralorgan der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften, und führt sich geborgen, „auch der deutschen Presse den Dank auszusprechen für ihre gründliche und sachliche Berichterstattung“. Wenn die Beurteilung auch verschiedenes ausgefallen sei, so könnten die Gewerkschaften doch durchaus zufrieden sein, denn die Tagung habe diejenige Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden, die ihr nach der Bedeutung der Hirsch-Dunderscher Organisation zutomme.

Dieser Lobgesang auf die Presse und auf die Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften veranlaßt uns, auf die Tagung noch einmal zurückzukommen. Es bedeutet einen ziemlich Grad von — sagen wir mal — Nativität, wenn der Gewerkschaften seinen Dank an die Presse abstattet, der zum Teil der Zutritt zur Tagung verweigert worden war. So erhielt ein Berliner Korrespondenzbureau, das für die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse berichtet; den Bescheid, man habe bereits mit einem Korrespondenzbureau Vereinbarungen getroffen und beabsichtige nicht, darüber hinaus andere Pressevertreter zuzulassen. Daß eine solche Beschränkung der Presse sich schlecht mit dem nachträglichen Lobgesang vereinbaren läßt, scheint den Gewerkschaften nicht zum Bewußtsein zu kommen. Warum aber die Leitung der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften diese Beschränkung vornahm, weiß natürlich jedermann. Und wenn sie mit dem solchermaßen entstandenen Bericht über ihre Tagung zufrieden ist, so bestreitet sie damit nur, daß ihre Absicht gelang, die Kritik auszuschließen, die sich ihre Eindrücke an Ort und Stelle holt.

Dann aber spricht der Gewerkschaften von der „Bedeutung der Hirsch-Dunderscher Organisationen“, die ihre Würdigung gefunden hätte. Da lohnt es sich doch, die „Bedeutung der Gewerkschaften“ einmal etwas im Lichte der Tatsachen zu betrachten. Nach dem vom Gewerkschaften veröffentlichten Jahresbericht betrug die Zahl der Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften 109 225; gegen das Jahr 1911 ist das eine Zunahme um 1482 Mitglieder. Und von diesem „Aufstieg“ sagt der Gewerkschaften, daß man mit ihm einigermaßen zufrieden sein könne. Diese Befriedenheit ist erst richtig zu würdigen, wenn man sich die Zahlen früherer Jahre vorhält. Da ergibt sich, daß die Mitgliederzahl betrug in den Jahren: